

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

Donnerstag,  
4. December 1879.  
Inserate  
sind an die Expedition in  
Leipzig zu senden.  
Inserationsgebühre  
für die Spaltenzeile 20 Pf.  
unter Einlagezettel 20 Pf.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!

Mit Ende dieses Jahres wird die Deutsche Allgemeine Zeitung nach mehr als vierzigjährigem Bestehen aufzuhören zu erscheinen. Die Verlags-handlung derselben hat zu verschiedenen Zeiten, namentlich während der letzten, der Zeitungspresse überhaupt nicht günstigen Jahre, erhebliche Opfer gebracht, um das Blatt der Sache zu erhalten, der es auerlaunterhalten mit Erfolg dient; sie fühlt sich aber bei der unzureichenden Förderung, die ihr Bestreben gefunden, nicht verpflichtet, dies noch länger zu tun. Die Idee, an Stelle des Blattes eine größere Zeitung in Leipzig unter Beteiligung weiterer Kreise ins Leben zu rufen, hat sich trotz des lebhaften Anlasses, dem sie auf competenten Seiten begegnet, bis jetzt nicht verwirklichen lassen.

Indem die Verlags-handlung den Lesern der Deutschen Allgemeinen Zeitung diese Mittheilung macht, spricht sie denselben, zugleich im Namen der Redaction, für das dem Blatte während seines langjährigen Bestehens bewiesene Vertrauen wärmtsten Dank aus.

## Telegraphische Depeschen.

**Posen.** 2. Dec. Einer von der polnischen Grenze soeben eingegangenen Nachricht zufolge ist durch persönliche Unwesenheit des preußischen Grenzherzoges Kampfmann constatirt worden, daß in Warschau sowie in ganz Congresspolen die Kinderpest immer mehr um sich greift, sodah eine militärische Grenz-sperre preußischerseits erwartet wird. («Post».)

**Straßburg i. E.** 2. Dec. Der Bezirkstag für Unterelsaß ist heute, nachdem er die Berathung der Vorlagen beendet und der Präsident Klein den Mitgliedern für ihre Hingabe gedankt hatte, durch den Bezirkspräsidenten Ledderose unter Worten des Dankes und der Anerkennung geschlossen worden.

**Budapest.** 2. Dec. Das Oberhaus nahm unter Ablehnung sämtlicher Ammendements das Wehr-gesetz in der Fassung der Regierungsvorlage an.

**Budapest.** 2. Dec. Im Unterhause wurde heute das Resultat der gestrigen Delegationswahl verkündet; dasselbe entspricht der Kandidatenliste der liberalen Partei. Der Ministerpräsident Tisza legte einen Gesetzentwurf vor betreffend die Verlängerung des finanziellen Ausgleichs mit Kroatiens auf ein Jahr.

**Rom.** 2. Dec. Die Deputirtenkammer wählte Spantigati und Lajani zu Vizepräsidenten und setzte sodann die Berathung des Budgets des Ministeriums des Ackerbaus und Handels pro 1880 fort.

**Paris.** 2. Dec. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer erklärte der Ministerpräsident Waddington, daß das Ministerium das Verlangen stellen müsse, daß man die Drage, die man in den Journale und Vorhälften verbreite, auch hier auf der Tribune zur Sprache bringe. Es sei im Interesse des Landes geboten, daß bekannt werde, wer regiere. Kein Ministerium werde sich ein Programm aufzwingen lassen. Das Parlament habe sich kurz und bündig darüber zu erklären, ob das Ministerium sein Vertrauen besitze oder nicht. Sollte dieses Vertrauen kein vollkommenes sein, so werde sich das Cabinet unmittelbar zurückziehen; er verlange, daß die Kammer sich vollständig ausspreche und ihre etwaigen Be schwerden und Angriffe hier auf der Tribune zur Sprache bringe. Unter lebhaftem Beifall sowol aus dem Centrum wie auch von einem Theile der Linken verließ der Präsident die Tribune.

**London.** 2. Dec. Dem Daily Telegraph zufolge besteht das Unwohlsein der Königin in einer leichten

Erläuterung, die keinerlei Besorgnisse einflößt. — Das Cabinet tritt heute zu einer Sitzung zusammen.

**Aus dem Haag,** 2. Dec. Die II. Kammer nahm heute das Budget für das Ministerium des Auswärtigen an. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister des Auswärtigen, van Lynden, er hoffe, daß der Auslieferungsvertrag mit Amerika demnächst abgeschlossen werden würde. Der Minister verteidigte sodann die Handelspolitik der Niederlande und hob hervor, die günstige Lage der Niederlande sei eine Garantie dafür, daß die auswärtigen Mächte erforderlichenfalls mit dem Interesse der Niederlande rechnen würden. Die Niederlassung Overbeck's im Norden von Borneo habe keinen politischen Charakter. Die Regierung sei wachsam und habe die Überzeugung, daß England nicht gegen den Geist des Vertrages von 1824 handeln werde.

**Moskau,** 2. Dec. Gestern Abend, als der Kaiser sich bereits hier befand, verunglückte ein zweiter noch unterwegs befindlicher kaiserlicher Zug durch Explosion; ein Waggonwagen wurde in die Luft gesprengt; sieben Waggons entgleisten; Menschen wurden nicht verletzt.

**Bukarest,** 2. Dec. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Communiqué des Finanzministers, welches erklärt, daß die Regierung keine neue Staatsanleihe emittieren werde, und die Gerüchte, die in Betreff einer neuen Emission von Hypothekarbillets und anderer gleichartiger Effecten verbreitet worden sind, als böswillige und unrichtige bezeichnet.

**Kisch,** 2. Dec. Die Skupstchina nahm mit 113 gegen 35 Stimmen eine Abstimmung an, in welcher sie dem Fürsten ihre volle Ergebenheit und der Regierung warme Anerkennung ihrer Thätigkeit auspricht.

**Kairo,** 2. Dec. Das amtliche Blatt wird in diesen Tagen den Bericht der Finanzkontrolleure veröffentlichen. Dieselben ersuchen darin den Khedive, das Ministerium zu beauftragen, daß dasselbe ein Reglement in Betreff der finanziellen Lage feststelle, und versprechen hierzu ihre Beihilfe. Dieses Reglement soll dann der Liquidationscommission, wenn dieselbe bis dahin zusammengetreten ist, unterbreitet werden, andernfalls empfehlen die Kontroleure, mit der Ausführung des Reglements begleichlich der Gläubiger, welche ihre Zustimmung ertheilt haben, zu beginnen. Weiter verlangen die Kontroleure, daß der Finanzminister das Budget zur Einsicht vorlege und zwar den Vorschlag der Einnahmen wie der Verwaltungsausgaben

für das Jahr 1880, um daraus einen Überblick zu gewinnen, welcher Überschuss sich für die consolidirte Schuld als verfügbare erzebe.

**Washington,** 1. Dec. Die Staatschuld der Vereinigten Staaten hat im Monat November um 800000 Doll. abgenommen. In der Staatskasse befanden sich ultimo November 207,218000 Doll. in Metall.

## Die Friedensepoch.

**Leipzig,** 3. Dec. Es ist jedenfalls eins der dankbarsten Geschäfte der Tagespresse, alle Anzeichen zu sammeln, welche auf eine Festigung des allgemeinen Friedens, auf eine Belebung des Verkehrs und eine Sicherung der Wohlfahrt der Völker hindeuten. Wir haben uns diesem Geschäft stets mit größter Freude unterzogen. Um so fröhlicher ist es uns, einer solchen Friedensstimme auch in einem Blatte zu begegnen, das durch seine notorischen Beziehungen zu diplomatischen Kreisen eher als manches andere in der Lage ist, in die allgemeinen Staatenverhältnisse einen Einblick zu erhalten. Unter der Ueberschrift „Die Friedensepoch“ bringt die «Post» einen Artikel, worin sie zuerst die Friedensepoch von 1815—48 schildert, die, nach außen zumeist nur die Frucht einer allgemeinen Erschöpfung, nach innen durch Unterdrückung der Völkerfreiheit geträgt worden sei. Dann führt sie fort:

Diese Friedensepoch, aus der das Wort Reaction in seiner heutigen Bedeutung stammt, ging mit der Regierung des dritten Napoleon zu Ende. Habt ihr Gedächter, daß das vorne Kaiserreich bei dem Werke der Fortsetzung dieser Epoche selbst zu Grunde gegangen. Das Europa der Verträge von 1815 existiert nicht mehr. Ein neues Europa hat sich gebildet. Die Frage war nur bis vor kurzem, ob die momentane Lage der europäischen Staaten ein bloßes Augenblicksbild in einem noch nicht geschlossenen Umwandlungsprozeß darbiete, wie es früher eine ganze Reihe gegeben. Seit den Wiener Septembertagen von 1879, die als ein herrschendes Monument der europäischen Zukunft immer höher emporragen werden, ist diese Frage gelöst. Die deutsch-österreichische Freundschaft, welche in diesen unvergleichlichen Tagen geglückt und befestigt worden, bildet den Kern des Vertrages, um welchen die bis dahin beweglichen Atom der europäischen Lage sich mit unerschütterlicher Festigkeit kristallisieren. „Ich bin nach Wien gekommen“, soll Fürst Bismarck gesagt haben, „um mit Hülfe meines Freundes Andrassy eine Magnet-nadel zu finden, welche alle Friedenselemente anzieht und zusammenhält.“

Die «Post» bescheidet sich, in den authentischen

## Berliner Briefe.

**Berlin,** im November. In Königs-Wusterhausen, wo Friedrich Wilhelm I. sich ein stattliches Jagdschloß bauen ließ, wo er, wenn ihn die böse Gicht plagte, seiner Liebhaberei als Maler fröhnte und die meisten der dort aufbewahrten Gemälde mit der Inschrift: „pinxit in tormentis“ eigenhändig versah, wird alle Jahre ein stattliches Jagdfest abgehalten, welchem diesmal auch der Kaiser beiwohnte. Dann herrscht in dem stillen Städtchen reges Leben, wenn der kaiserliche Extrazug in 30 Minuten auf der Görlitzer Bahn die hohen Gäste von Berlin hinüberführt. Die alten Seiten des sparsamen, strengen Soldatenkönigs wurden diesmal wieder hoch, denn es wurde eine Sitzung des alten, berühmten potzdamer Tabakscolllegiums in optima forma erneuert. In dem einen alterthümlichen Saale hielt unser Kaiser mit seinen Gästen am Abend vor dem Aufbruch zur Jagd ein solches heiteres Collegium ab. Man rauchte, wie damals, aus langen Thonpfeisen, trank aus den mächtigen Humpen den edlen Herrensaft, der freilich besser gebraut war wie das damalige Berliner Dünndier vom Jahre 1720, und mochte vielleicht inmitten der heiteren Stimmung an den alten, dienen Spähmacher Gundling denken, der die heitere Tafelrunde des alten Soldatenkönigs so belebt zu machen wußte. Es ist ganz bewundernswürdig, wie frisch, ich möchte sagen verjüngt unser Kaiser steht von diesen Jagdausflügen, die doch manche Strapazen mit sich bringen, zurückgekehrt. Kann von solchem Ausfluge heimgekommen, findet er noch Zeit, auch der Kunst sein Augenmerk zuzuwenden. Die be-

rühmte Adelina Patti mit ihrem Gatten, dem weniger berühmten Nicolini, konnte sich zweimal im Opernhause der Ehre des kaiserlichen Besuches rühmen.

Ich glaube, die Initiative des Kaisers hat das meiste dazu beigetragen, daß die Berliner die Patti in diesem Jahre wieder hören konnten. Das Angebot von 10000 M. für jeden Abend war dem General-intendanten ansfangs doch zu kolossal, um darauf einzugehen. Erst als im vorigen Winter dem Director Bial vom Kroll'schen Theater das Wagner mit der Patti glückte, konnte man mit ziemlicher Gewissheit das Facit ziehen, daß die Berliner bonne société doch nicht so miserabel arm sei, um nicht eine solche kolossale Summe zu erschwingen. Bial machte an drei Abenden ein wagtes, aber doch profitables Geschäft, und ein solches hat auch diesmal bei dem bis jetzt dreimaligen Auftreten die Generalintendanten gemacht. Am ersten Abend, als die Patti die Traviata sang, kamen 15000 M. ein, der zweite Abend, an welchem „Lucia“ gegeben wurde, blieb nicht hinter dieser Einnahme zurück. Da es nun durchaus zum von ton gehörte, die Diva gehörte zu haben, so kann sich das rentable Experiment noch öfters erneuern. Aber im Interesse aller darf mitgenommenen Portemonnaies darf die Göttliche nicht wieder heiser werden wie das zweite mal, wo die „Lucia“ angezeigt war und wegen dieser fatalen Heiserkeit vom Repertoire abgesetzt werden mußte. Denn wer gelangt heutzutage noch zu Billets zu dem reellen, an sich schon so hohen Tagespreisen? Durch die Hinterhüter gelangen nur wenige bevorzugte und leider das Gros der Villenhändler. Diese modernen Harpyien forderten mit größter, schon an Frechheit gren-

zender Seelenruhe für einen Parkett bis 150 M. und sie fanden auch für diesen horribilen Preis willige Abnehmer. Und nun denkt man sich eine abgesagte Vorstellung, zu der Leute von außerhalb mit Kurzgängen herbeigekommen waren, um vor dem stockfinstern Opernhause die unangenehme Entdeckung zu machen, daß sie einen schauderhaften Reinfall erlebt hatten! Wer aber so glücklich war, die Patti zu einem weniger unverschämten Preise und unberührt von allen Reise- und Geldfatalitäten zu hören, der wird diesen bei canto sein Leben lang nicht vergessen. Die Beiträge haben sich die übrigens wenig galante Mühe gegeben, den Täufschinken der Patti auszuspüren. Nach diesem Scheine hat die große Sängerin nicht in einem stillen Thale bei Hirten, aber in einer kleinen italienischen Stadt das Licht dieser für sie so schönen Welt erblickt, und nach denselben steht sie in einem Alter, wo die Frauen im Hochsommer des Lebens nach dem Ausspruch der meisten Kenner am interessantesten zu sein pflegen. Spuren der Er müdung zeigt diese geradezu phänomenale Stimme nicht. An blendendster Technik in den aller schwiersten und allergewagtesten Coloraturen, Cadenzien und Fiorituren überträgt sie alle jetzt lebenden Sängerinnen, und geradezu univer-sell steht sie da in der dramatischen Behandlung des Gesanges. Die Violetta, die Lucia, die Rosina und die Gounod'sche Margarethe sind gewiß weibliche Genies von ganz diametral auseinandergehender Art, und doch, wie versteht es diese prima donna assoluta, einem jeden Charakter das ihm eigenthümliche Colorit zu geben, das Componisten geheimste Intentionen in ihnen darzulegen. Sie, die sich im Leben

Inhalt der wiener Abmachungen nicht eingeweiht zu sein. Aber sie glaubt aus der ganzen Sachlage heraus diesen Inhalt mit ziemlicher Sicherheit angeben zu können. Und wir zweifeln nicht, daß sie zu dieser ihrer Behauptung guten Grund hat und daß der Abriß der deutsch-österreichischen Uebereinkunft, den sie entwirft, ein guter ist. Es ist folgender:

Indem Deutschland und Österreich ihre politischen Interessen für identisch erklärt haben, erkennen sie zunächst ihre eigene gegenseitige Gebietsabgrenzung als eine definitive an. Nur Thoren, in deren Munde die Wahrheit nicht ist, mögen von einem Begehr nach Österreichs deutschen Provinzen auf deutscher Seite phantasiren. Ohne die deutschen Provinzen wäre das Österreich ein keroses Gebilde, niemals geeignet zu der Aufgabe, dem Südbosten Europas Ruhe, Stetigkeit und Gedeihen zu sichern und diese durch Lage und Naturreichtum bevorzugten Landschaften vor Eroberung durch eine Macht zu bewahren, welche die Selbständigkeit der europäischen Mitte erdrücken würde. Österreich andererseits erkennt an, daß die Aufgabe, die staatlichen Kräfte des deutschen Volkes zu consolidiren, nicht die seine ist noch sein kann. Es erkennt an, daß es den Rückhalt eines um einen selbständigen Schwerpunkt besetzten Deutschlands nicht zu entbehren vermag, daß ihm an der Sicherheit dieses Deutschlands um der Rückwirkung auf seine eigene Sicherheit willen so viel gelegen ist, um den westlichen Ausläufer der deutschen Vertheidigungssphäre in seinen Interessenkreis aufzunehmen. Deutschland andererseits erkennt an, daß die südöstlichen Ausläufer der österreichischen Interessensphäre ihre Grenze nur an der Grenze Europas finden, daß ohne die Freiheit dieser Interessensbewegung Österreichs Lebensadern unterbunden sind und daß diese Bewegung daher im Interessenkreise Deutschlands begriffen ist. Indem Deutschland und Österreich ihre Interessen so nach außen abgegrenzt, erkennen sie den Bestand des heutigen Europas als lebensfähig und erhaltungswürdig an. Alles, was in diesem Zustande auf Leben und Gedeihen hofft, wird sich der deutsch-österreichischen Interessengemeinschaft anschließen.

So wichtig diese Umgrenzung der positiven gemeinsamen Interessen Deutschlands und Österreichs ist, ebenso wichtig ist die negative Abgrenzung derselben und die Ablehnung alles dessen, was man von anderer Seite wol gern in diese Interessengemeinschaft der beiden mitteleuropäischen Großmächte hineintragen möchte. Die „Rechte“ föhrt so fort:

Weiter als an die Grenzen Europas reicht diese Gemeinschaft nicht. Die große asiatische Rivalität Englands und Russlands, die an der Meeresküste Kleinasiens beginnt und bis zur asiatischen Küste des Stillen Oceans reicht, wird von den Zielen dieser Gemeinschaft nicht berührt, und das englische Protectorat in Kleinasien, welches den Preis für Cyprus bilden sollte, aber sich leicht in eine Deposseirung des Schülers in grossem Maßstabe verwandeln könnte, ferner die Fortsetzung der Kampfeslinie über Persien, Afghanistan, China, fällt in eine andere Welt. Und doch wird England den unermehrlichen Vortheil zu schwächen wissen, daß, wie auch die Dinge gehen, die Balkanhalbinsel und Konstantinopel sich nicht in eine russische Angriffsstellung auf den türkisch-asiatischen Ländern befinden können. Eine Weltrivalität kann von Europa aus nicht beschwichtigt werden, aber Europa ist seit den wiener Septembertagen davor geschützt, in ihre Studele gezogen zu werden.

Was wir immer gesagt haben: weder die Knochen des pommerischen noch die des böhmischen Landwehrmannes sind dazu da, um etwa für England bei seinen atlatischen Rivalitätskämpfen mit Russland die Kasanien aus dem Feuer zu holen. Deutschland und Österreich sind verbündet, um das Gleichgewicht und den Frieden Europas aufrecht zu erhalten, und das wird ihnen gelingen, wenn sie verbündet bleiben, und ebendarum werden sie, will's Gott, recht lange verbündet bleiben und immer fester miteinander verwachsen.

gern noch „Mme. la Marquise“ nennen hört, obgleich dieser Titel eigentlich recht unangenehme eheliche Reminiscenzen in ihr wach rufen muß, hat in ihrem jetzigen Gemahl, dem Tenoristen Nicolini, vielleicht Erhab für die erste, nicht glückliche Ehe gefunden, aber leider keinen besondern Partner für ihre große Kunst. Signor Nicolini singt ein unleidliches Tremolo und hat bei allem technischen Geschick doch alle die kleinen Unangenehmen italienischer Tenore, welchen sich mitunter auch die größte Unzugenug, deren ein Sänger sich schuldig machen kann, unrein zu singen, in ganz empfindlichem Grade beigeftelt. Aus Rücksicht für die Diva, vielleicht um ihr Herz beim Gesange nicht zu alterieren, nimmt man den Sänger als eine unvermeidliche Zugabe mit in den Kaus. Nur einmal erlaubten sich böse Bischöfer, eingedenkt ihrer 20 auf dem Altar der Kunst geopferten Mart, gegen das Unreinsingen, wenn es constant zu werden drohte, ihr vernehmliches Veto einzulegen, ohne freilich eine gründliche Correctur dieses Uebels herbeizuführen.

Weniger günstig situiert ist diesmal bei ihrem Rentrée nach Berlin ihre große Landsmännin Adelaida Ristori. Dreimal trat diese große Tragödin, die einst den Kampf mit der Rachel in Paris aufnahm, im Schauspielhause auf. Der Blütenhauch der Jugend ist wol von ihrer Person, aber doch nicht von ihrer großen Kunst abgestreift. Das Schlimme ist nur, daß sich das große Publikum weit mehr für eine große italienische Sängerin, als für eine in fremder Sprache redende große Tragödin interessirt. Es ist für die meisten Berliner, die von der italienischen Sprache zu wenig verstehen, um der Vorstellung ohne Buch folgen

## [Vom preußischen Landtage.]

\* Berlin, 2. Dec. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird die Budgetberathung fortgesetzt, und zwar steht zunächst zur Debatte Kap. 91 des Etats des Ministeriums des Innern: Polizeiverwaltung in Berlin 6,396612 M.

Abg. Dr. Bimmermann:

Die Stellung des Polizeipräsidiums zu Berlin ist eine durchaus anomale. Die Einrichtung dieser Behörde für eine Stadt von über 1 Mill. Einwohner ist noch dieselbe wie zur Zeit von 1822, da Berlin nur 150000 Einwohner hatte. Es kommt hinzu, daß das Polizeipräsidium, welches als Local- und Landespolizei zugleich fungirt, zwei Instanzen in sich vereinigt. Mit dem Zusatze der Stadt Berlin von circa 3 Mill. füsst die berliner Polizeiverwaltung, etwa 3000 Mann umfassend, ungefähr 10 Mill. M. hr. v. Wabai hat sich mit dem Geheimrath Schmidt vor kurzem nach London begeben, um die dortigen Polizeiverhältnisse zu studiren. Dort sind zur Bewachung von über 27 Quadratmeilen für 4 Mill. Einwohner 11500 Policemen angestellt, welche ihre Aufgabe in vorzüglicher Weise erfüllen. Das ist bei uns keineswegs der Fall, und der Grund liegt darin, daß die Beamten bis zur höchsten Spize mit zu vielen andern Aufgaben betraut sind. Was die Organisation anlangt, so ist Berlin in 60 Reviere getheilt, welche durch ebenso viele Bureaux verwaltet werden; je 10 dieser Bureaux sind wieder concentrirt zu einer Bezirkswache. Was diese Organisation von 3000 Schuhleuten leidet, wissen wir nicht recht, und dürfte es für uns sowie für das Ministerium und die Polizeiverwaltung selbst wünschenswerth sein, daß uns ein Jahresbericht zugestellt würde. Die 3000 Schuhleute bilden aber nicht die einzige Bewachung Berlins, da wir uns ja einer sehr bedeutenden Garnison zu erfreuen haben, und 500 städtische Beamte verfehlen das Nachtwächterwesen. Wir haben entschieden zu viel Personal und würden mit weit weniger und auch mit weniger Geld reichen, wenn unsere Beamten nicht mit unzähligen Schreibereien überlastet wären. Dabei wird für Berlin ein Ausnahmestand statuirt. Also scheint es doch, als ob bei uns Zustände herrschen, für welche das gegebene Personal nicht ausreicht. Wir wissen allerdings nicht, welche Gründe dazu veranlassen, da uns keine Motive mitgetheilt sind, kein Bericht geworden ist.

Zu den Fehlern unserer Verwaltung gehört die Trennung des Tagesdienstes vom Nachtdienst. Es müssen durchaus wie in London dieselben Behörden bei Tage und bei Nacht den Dienst versehen, ein continuirlicher ambulanter Dienst muß eingerichtet sein. Auf diesen Punkt möchte ich den Herrn Minister besonders aufmerksam machen. Ein weiterer Missstand zeigt sich bei der Feuerwehr. Ich habe ihn im vorigen Jahre kurz charakterisiert mit den Worten, daß es ein unleidlicher Zustand ist, wenn der eine die Spritze und der andere das Wasser hat. Bei dem Polizeipräsidium besteht dann eine Sanitätsabtheilung. Von diesen Arbeiten könnte die Polizei sehr wohl entlastet werden. Unsere Stadt hat ja so viele Krankenhäuser zu verwalten, daß sie sehr wohl das ganze Sanitätswesen übernehmen könnte. Das Verhältniß zwischen der Stadt und dem Präsidium ist überhaupt für jeden Unbefangenen ein unbegreifliches. Die Polizei hat überall das Recht, zu commandiren, die Stadt nur zu bezahlen. Das zeigt sich besonders auch in der Bauverwaltung. Dabei hat es Berlin noch immer nicht zu einer einheitlichen Bauordnung gebracht. Die Kellerwohnungen sind ein Unglück für die armen Leute; 90000 Menschen finden dort ihr Obdach, welche gewiß nur gezwungen so wohnen und lieber in die Beletage ziehen würden. Wiederum aber haben die Eigentümer plötzlich Schaden erlitten durch ein zu strenges Vorgehen der Polizei. Überhaupt schädigt das arbiträre Eingreifen derselben sehr oft die Commune, man vermählt bei ihr einen bestimmten Plan. Bald genügen ihr Clossets, bald bringt sie auf Desinfection, wie dies noch jüngst bei der Charlottenhöhe der Fall war, wo 18 Clossets eingerichtet waren, bis plötzlich die Polizei kam und Desinfectionseinrichtungen verlangte. Dies hätte sie doch während des Baues thun können. Jetzt aber hat darum die Schule geschlossen werden müssen. Kurz, die Grenzen der Besitznisse der Po-

zu können, recht fatal, stets die Nase ins Buch steden zu müssen, um sich mit der holperigen Uebersetzung ins Deutsche bekannt zu machen. Darüber vergeht ihnen der Genuss, das Spiel zu beobachten.

Die Ristori ist, wie gesagt, freilich viel älter geworden, man merkte dies am meisten an ihrer Medea und Maria Stuart, die sie, mehr als bedingt ist, in einem gar zu militärischen Tone, wenn auch mit hinreißender Leidenschaft und in einem großen tragischen Stile, gab. Der Vorwurf eines zu großen Realismus in der Ausmalung aller rein physischen Zustände kann ihr ebenso wenig vom Standpunkte einer ästhetischen Kritik erspart werden, wie ihren Landsleuten Rossi und Salvini. Ich mag die häßlichen Erscheinungen der Schauer des Todes nicht sehen, wie die Ristori sie z. B. in der „Elisabetta, Regina d'Inghilterra“ im fünften Acte veranschaulicht, auch nicht jene Schauer des Todes, wie sie Maria Stuart und Marie Antoinette auf ihrem Gange zum Schafot ergreifen. Solche nervenerregende Affectionen sollten sich große Künstlerinnen nicht erlauben. Von solchen Schauern zerzerzte Gesichtszüge wirken deprimirend, sie übertreiten die Gesetze der Kunst, die das Wahre da, wo es physisch entseztlich wird, durch die Einwirkung des fein abwägenden, schönen Mages zu mildern hat. Am Ende ist die Bühne keine medicinische Station für Pathologie. Merkwürdig genug hatte, als die Ristori mit ihrer Gesellschaft in das Nationaltheater mit dem brillant ausgestatteten Bugstall „Maria Antoinetta“ überstiegle und dort mit ihr die Direction ein glänzendes Geschäft zu machen hoffte, die Polizei das Stück vorweg verboten. Nur für eine einzige Auf-

Stiel sind unklar. Früher wurde auf den Bahnhöfen eine Droschkenmarke von einem vom Droschkenverein Angestellten zum Preise von 10 Pf. verabreicht. Jetzt kostet das 25 Pf. und ein Angestellter der Polizei zieht das Geld ein, welches früher dem Droschkenverein zugute kam. Entschieden wird doch die Polizei hier ganz unzweckmäßig verwendet. Ich könnte noch eine Reihe Missstände in der Berliner Postlizenzerwaltung erwähnen, will mir aber für heute an den genannten genügen lassen.

Abg. Dr. Hanel:

Meine Herren! Es ist von allgemeinem Interesse, zu wissen, wie die Grenze zu ziehen ist zwischen Polizei- und städtischer Verwaltung. Dies hat seine besondere Schwierigkeiten. Ich will mir erlauben, hier Ihre Aufmerksamkeit auf eine Besorgniß des Polizeipräsidiums zu lenken, die nicht nur eine Stadt wie Berlin, sondern unser ganzes Volk interessirt, und zugleich fragen, ob hier nicht eine anderweitige Organisation nothwendig ist ich meine die literarische und Theatercensur. In der letzten Zeit hat hier ein Vorgang stattgefunden, der überall in der literarischen Welt großen Aufsehen erregt hat. Die literarische Welt ist ein leicht bewegliches Völkchen, welches leicht zu leibenschaftlichen Uebertreibungen geneigt ist. Richtsatzweniger kann das Urtheil dieser literarischen Welt nicht gleichgültig sein für das Urtheil, welches über unsere bestehenden Verhältnisse und Zustände bereinst gefällt werden wird. Ich denke an das Verbot der Aufführung der Giacomettischen Marie Antoniette durch die Gesellschaft der Madame Adelaid Ristori. Dieses Vorgehen war um so auffälliger, als man die einmalige Vorstellung gestattete, das zweite mal verbot. Das ist willkürlich gehandelt. In der literarischen Welt wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit der Inhalt des Stücks dieses Vorgehen rechtfertigte. Ich selbst war verbündet, der Vorstellung beizuwobnen, ich habe aber das Stück durchgelesen, und muß bekennen, daß ich jetzt noch unter dem Eindruck maßlosen Erstaunens stehe: in diesem Stück ist auch nicht eine einzige Phrase, welche als auf die Verherrlichung der Revolution bezüglich gedeutet werden könnte; im Gegentheil, das Ganze ist eine Verherrlichung des Königthums auf Kosten der historischen Wahrheit. Das ist doch von Bedeutung für die literarischen Verhältnisse. Man soll uns nicht nachsagen, daß hier in der Hauptstadt die Vorposten jenes literarischen Barbarenhums sind, welches nicht am Niemen seine Herrschaft hat. Dann frage ich, ob es nicht nöthig ist, die Theatercensur anders zu organisiren, und halte daran fest, daß die zuständige Behörde bestimmte Garantien gewährt. In diesem Sinne möchte ich um Auskunft seitens des Herrn Ministers des Innern bitten. Zu diesen Bemerkungen, welche ich eben gemacht habe, wurde ich geführt durch die Erörterungen meines Collegen Simmermann und auch durch das Schweigen des Herrn Ministers.

Ich komme jetzt auf ein anderes Thema, das ebenfalls  
jetzt besprochen worden ist. Ich meine die Verlängerung  
des kleinen Belagerungszustandes in Berlin. Ich weiß recht  
wohl, daß ich, wenn ich in dieser Beziehung eine Frage an den  
Herrn Minister richte, auf einer schwachen Grundlage stehe.  
Denn dies gehört nicht vor die Kompetenz dieses Hauses,  
sondern vor die des Reichstages. Demgemäß kann auch die  
Frage, welche ich an dieser Maßregel übe, eine nur be-  
gründete sein. Dennoch möchte ich an den Herrn Minister  
des Innern die Bitte richten, die Gründe, welche zu einer  
Verlängerung des Belagerungszustandes geführt haben, klar-  
zulegen. Dieses muß ein Minister um so mehr, als die  
Maßregel sich gegen einzelne Personen richtet, die durch die-  
se in ihrer Existenz auf die empfindlichste Weise getroffen  
werden. Ich muß auch die Befürchtung aussprechen, daß  
die Lücken, welche man durch die Ausweisungsmaßregel in  
den Reihen der Sozialdemokraten zu machen glaubt, nicht  
wieder ausgefüllt werden, sondern daß an Stelle jedes  
einzigen Apostels, der durch die Ausweisung getroffen wird,  
10 und 20 Apostel hier in Berlin treten werden, daß die  
Apostel in immer dünnere Regionen zurückgedrängt werden,  
und daß sie zu immer geheimnisvoller Mitteln gezwungen  
werden. Das ist mein fester Standpunkt gegenüber dieser  
Maßregel. Ich muß nochmals von dem Herrn Minister des  
Innern wenn auch nicht eine Rechtfertigung, so doch eine  
Erklärung dafür fordern, vor allem die Gründe, aus denen  
vor geht, daß diese Maßregel überhaupt von irgendwelchen  
kästischen Folgen sein wird.

hrung wurde auf kräftiges Verwenden bei dem Po-  
sidenten das Stück gestattet. Und doch kann  
keine bessere Propaganda für das Königthum von  
Gottes Gnaden geben, als dieses Trauerspiel, das  
allerdings keinen literarischen Werth hat. Wenn man  
eine rohe, fanatische Menge auf das königliche Schloß  
stürzen sieht, wenn man sie stürmisch nach der ver-  
schwundenen Kaiserin begehrten hört, wenn aus ihrer  
engen Gestalten aufsteigen, die anno 1848 der be-  
kannte Bassermann mit seinem Namen unsterblich ge-  
achtet hat, dann bekommt man vor der Art Republik,  
die solche Mordgesellen erzeugt, einen gründlichen Abscheu.

Über merkwürdige Entdeckungen in den Del-  
gationen schreibt der baltimore Correspondent: „Seit  
Forschung der Oelregionen in Pennsylvanien, Ohio und  
Westvirginia hat man schon manche interessante Entdeckung  
nach. Es hat sich nicht selten ereignet, daß der Bohrer  
e Gasader traf, und in Butler County brennt seit Jahren  
e Feuerhöhle von 15 Meter Höhe, welche nachts meilen-  
t die Gegend erhellt; das selbst das feinste Maschinendöl  
der Erde quillt, dörste vielen Leuten noch unbekannt  
; die größten Fabriken benutzen heutzutage ausschließlich  
es Erdöl. Maschinendöl wird in Westvirginia gewonnen,  
die merkwürdigste Entdeckung haben zwei Speculanter  
Trumbull County, Ohio, gemacht. Sie fanden eine  
elle, welcher raffiniertes Maschinendöl feinsten Qualität  
strömt und die täglich etwa fünf Fass liefert, das zu  
Doll, das Fass mit Leichtigkeit einen Markt findet. Auch  
der Nähe von Millersburg in Pennsylvanien hat man  
eine Quelle entdeckt, welcher raffiniertes Oel ent-  
steht; dieses ist aber lange nicht so gut wie das von  
und nicht als Maschinendöl brauchbar. An der penn-  
sylvanischen Grenze stieß der Bohrer 500 Meter tief auf  
muscheln und Versteinerungen von Fischen.“

abhuben eine  
n Angefehlten  
et das 25. J.  
eld ein, wel-  
Entscheide-  
ig verwendet,  
berliner Po-  
heute an den

Interesse, zu  
Polizei- und  
besonders  
die Aufmerks-  
ns zu lenken,  
unter ganz  
icht eine an-  
eine die Lite-  
heit hat, hier  
literarischen  
schen Welt ist  
Leidenschaft,  
weniger san-  
gselig sein  
den Verhält-  
nissen. Ich denke  
sich Marie  
ne Adelaide  
her, als man  
z mal verbot-  
ratischen Welt  
Inhalt des  
ost war ver-  
e aber das  
: in diesem  
als aus die  
tet werden  
herherlichung  
berheit. Das  
Berhältnisse.  
Hauptstadt  
nd, welches  
rage ich, ob  
organisieren,  
e bestimmt  
h um Aus-  
ditten. Ju-  
lege, wurde  
legen Bim-  
Herrn Mi-

s ebenfalls  
rlängerung  
b weiß recht  
age an den  
dage steht.  
es Hauses,  
nn auch die  
e nur be-  
n Minister  
e zu einer  
aben, klar-  
er, als die  
durch die  
getroffen  
chen, daß  
taffregel in  
aub, nicht  
stelle jedes  
offen wird,  
, daß die  
gt werden,  
gezwungen  
über dieser  
minister des  
doch eine  
aus denen  
endwelschen

dem Po-  
och kann  
hum von  
viel, daß  
enn man  
e Schloss  
der ver-  
aus ihrer  
der be-  
blich ge-  
Republik,  
Abschau.

en Del-  
: „Seit  
Ohio und  
ntdeckung  
er Bohrer  
it Jahren  
s meilen-  
schinenöl  
inbekannt  
schließlich  
ewonnen,  
reulanten  
den eine  
Qualität  
das zu  
et. Auch  
pat man  
Del ent-  
das von  
er penn-  
tief au-

### Minister des Innern Graf zu Eulenburg:

Ichtheile im allgemeinen den Standpunkt des Vorredners über die Theaterzensur und ihre Handhabung vollständig; auch ich bin der Meinung, daß dieses sehr schwierige Gebiet der Polizei mit besonderer Vorsicht und mit besonderem Takt behandelt werden muß und ich habe es mir bereits sorgfältig angelebt sein lassen. Mittel ausfindig zu machen, um den Uebelständen, die in dieser Richtung eingesetzt sind, möglichst vorzubringen. Leider haben sich die Schwierigkeiten bisher als unüberwindlich herausgestellt, weil die Zuziehung Sachverständiger bei der Durchsicht von auszufüllenden Stücken zu viel verschiedene Meinungen und dadurch noch größere Uebelstände herbeiführt, jedenfalls aber in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle weiters zu viel Zeit in Anspruch nimmt, während Dinge vorliegen, die eben einer schnellen Entscheidung bedürfen und die Heranziehung eines Sachverständigenkollegiums nicht gestatten. Was den angesührten Specialfall anbetrifft, so stehe ich nicht an, mein Bedauern darüber auszubütteln, daß durch das stotternende Verbot Berlin um die Fortdauer des Kunstgenusses gebracht ist, den die meisterhafte Darstellung der Madame Ristori bereitete. Ich füge hinzu, daß über das Verbot durchaus nicht vergleichbare große Belehrungen geschweigt haben, wie Dr. Abg. Hünzel zu glauben scheint; der Gang war vielmehr der, daß die Genehmigung zur Aufführung überhaupt nur für ein einziges mal nachgenährt wurde. Sie ist darauf ertheilt worden und als dann nachträglich die Erlaubnis von neuem verlangt wurde, da ist sie allerdings verweigert worden. Die Aufführung des Stükkes habe ich nicht gesehen, aber Gelegenheit genommen, mich über seinen Inhalt zu informieren. Auch hier bin ich der Ansicht des Herrn Vorredners, daß die Tendenz des Stükkes, wenn auch nicht gerade auf eine Verherrlichung des Königthums, jedoch dahin geht, in keiner Weise irgendwie dem Entgegenstehendes vorzuführen. Aber nicht bloß auf die Tendenz kommt es an, sondern auch auf die Mittel, die Tendenz zur Anstößung zu bringen, und in dieser Hinsicht scheint mir das Stück in der That geeignet, zu ernsten Bedenken Anlaß zu geben, in einer Zeit und in einer Stadt, in welcher Theile der Bevölkerung vorhanden sind, welche sich leicht erregen lassen und in denjenigen Staaten, welche der Herr Vorredner als widerwärtige und Abscheuliche bezeichnete, gerade etwas Widerbildliches zu erblicken geneigt sind. (Sehr richtig! rechts.)

Noch ein einziges Wort hierzu! Ich erinnere Sie an die Verherrlichung der pariser Commune, welche früher in allen sozialdemokratischen Blättern stets zu lesen war, und danach bitte ich Sie zu berücksichtigen, welchen Eindruck auf diese Kreise die Darstellung solcher Szenen machen würde.

Dies führt mich unmittelbar auf den zweiten, weiters wichtigeren Theil meiner Ausführungen. Wie im Vorjahr bin ich sehr gern bereit, die Gründe Ihnen darzulegen, welche uns veranlaßt haben, den § 28 des Socialistengesetzes mit Genehmigung des Bundesrates für Berlin von neuem in Kraft zu setzen. Ich bin heute der damaligen Aufführung über die gesetzliche Zulässigkeit dieser Maßregel überhohen. Die Gründe, welche im vorigen Jahre zu der Anwendung des § 28 führten, sind von mir ausschließlich sowohl in diesem Hause als auch demnächst im Reichstage dargelegt worden. Es ist in diesem Hause in der Debatte vielfach damals wie auch jetzt über die Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit einer Gesetzgebung gegen die Sozialisten gesprochen worden, aber nirgends wurde die Begründung der Maßregel bemängelt. Ich kann mich daher heute darauf beschränken, nachzuweisen, daß die Zustände, die im vorigen Jahre die Maßregel nötig machten, noch in vollem Maße fortbestehen. (Hört!) Die Anwendung des Socialistengesetzes und insbesondere der Vollmachten, welche der § 28 in die Hände der Regierung legt, hat zwar den Erfolg gehabt, daß das Hinausstreifen der sozialdemokratischen Agitation in die Öffentlichkeit, die lauten Kundgebungen der Verhöhnung von Recht und Gesetz hinzugehalten und die Agitation auf gewisse Kreise beschränkt wurden. Es zeigte sich sogar, nachdem die Maßregeln des § 28 zwar in mächtigem Umfang, aber mit Entschiedenheit in Kraft gesetzt waren, ein gewisser Stillstand und eine größere Ruhe, aber das hat nicht lange vorgeholt; nach nicht langer Zeit fand man wieder an, Mittel und Wege zu suchen, die alten Verbindungen wiederzunehmen und auf jede mögliche Weise zu beleben, die Verbote zu umgehen; man hat die Sammlungen für den Zweck der Partei fortgesetzt, theils im geheimen, theils unter Verstellung anderer Zwecke, und die Verbindung sowohl mit den ausgewiesenen Führern als auch mit den Geflammten genossen im Auslande aufrecht zu erhalten geführt. Der Gesamteinindruck aus der Beobachtung dieser Verhältnisse ist der, daß die Verbindung unter der großen Zahl von Anhängern der Sozialdemokratie noch wie vor fortbesteht, und daß das Leben und die Bewegung unter denselben, sich in bedeutender Lebhaftigkeit fortspant. Hier ein authentisches Zeugnis unter vielen: Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß seit einiger Zeit ein deutsches sozialdemokratisches Organ erscheint unter dem Titel „Der Sozialdemokrat“. In demselben ist der Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Abgeordneten des Reichstages erschienen, und es wird als das offizielle Organ der Sozialdemokratie angesehen. In diesem Blatte befindet sich Nr. 4 vom 26. Oct. eine Correspondenz aus Berlin, in der es heißt:

„Gleichwohl aber können wir allen Freunden und Genossen außerhalb Berlins die beruhigende Versicherung geben, daß die gegen die Sozialdemokratie verhängten Maßregeln von wesentlichem Einfluß auf die Partei nicht gewesen sind; im Gegenteil ist die Bewegung in sich selbst stark genug geworden, um auch ohne das äußere Bindemittel der Vereine und Versammlungen den inneren Halt nicht zu verlieren. So betrachtet sie es als ihre nächste Ehrenpflicht, für die zurückgelassenen Angehörigen der Ausgewiesenen zu sorgen, und liegt dieser Pflicht mit allem anerkannten Gewissen ob. Ferner ist aber auch selbst der äußere Zusammenhang namentlich in den Arbeiterkreisen nach wie vor in schönster Weise vorhanden, und befand sich bald hier, bald dort, bald so, bald so, soweit es sich auf gute Manier bewerkstelligen läßt. Mit großem Interesse wird die allgemeine politische Lage verfolgt, mit Jubel wurden die Breslauer Wahlerfolge aufgenommen, mit Bewunderung die großartigen Demonstrationen der hamburgischen Genossen am Große Geiß's. Mit einem Worte: Der Stand unserer Bewegung in Berlin ist ganz vorzüglich.“ (Bewegung.)

Steht es so, dann können wir auf die Maßregeln, welche das Gesetz uns an die Hand gibt, nicht verzichten. Es bleibt freilich die Frage: Ist es denn recht, diese Maßregeln wei-

ter anzuwenden, wenn sie anscheinend so wenig Erfolg gehabt haben? Ich antworte mit voller Überzeugung: Ja! Es ist hundertmal gesagt worden, Präventivmaßregeln haben nur beschränkten Wert und beschränkten Erfolg; soll man sie aber deswegen nicht anwenden? Doch, denn die Uebelstände würden ohne sie noch größer sein. Ist es nicht ein Gewinn, daß wir durch diese Maßregel über ein Jahr verhont geblieben sind von den lauten Kundgebungen der sozialdemokratischen Tendenzen, welche einen Theil der Bürger einschüchtert, einen andern Theil mit Abscheu erfüllt, und im ganzen nur das Resultat haben, die Achtung vor Recht und Gesetz herabzusezen? (Sehr wahr!) Das ist ein bedeutender Erfolg, und fragt man weiter, ob es recht war, auch die schärferen Maßregeln anzuwenden, so muß ich zu meinem Bedauern auch diese Frage bejahen. Es ist ja eine harte und schräge Maßregel, jemand auszuweisen aus dem Mittelpunkt seines Lebens und seiner Familie, die ja auch, und ich berufe mich dabei auf die bisherige Praxis, nur in bringenden und flagranten Fällen angewendet wird; aber diese Möglichkeit der Ausweitung ist das einzige Mittel, vor welchem sich in der That die bestroffenen scheuen. (Sehr richtig! rechts.) Sie ist das einzige Mittel, die Agitation in Schranken zu halten, welche zum mindesten notwendig sind, um die äußere Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Bemühungen der Behörde, von den ihnen durch das Gesetz in die Hand gegebenen Maßregeln einen möglichen Gebrauch zu machen, sind im großen und ganzen von der Zustimmung der öffentlichen Meinung begleitet worden, und dieser Umstand legt mit das größte Gewicht in die Wagschale für die Möglichkeit der Wirklichkeit dieser Maßregel. Die jetzige Ruhe der Sozialdemokratie und der Umstand, daß sie in ihren Schranken gehalten wird, beruht zum allergrößten Theile auf der kräftigen Mitwirkung der öffentlichen Meinung des überwiegenden Theils unserer Bevölkerung in Stadt und Land. Möge dies ferner so bleiben, dann wird es auch nicht fehlen, daß auch diese Maßregeln dazu beitragen, die Verhübung und den Frieden in der Bevölkerung zu fördern! (Lebhafte Beifall rechts.)

### Abg. Dr. Nöllerath:

Ich und meine politischen Freunde, wir sind zunächst dem Herrn Minister dankbar wegen seines schärfen Vorwegens in sittlicher Beziehung, und wie werden uns freuen, wenn er besonders hier in der Hauptstadt noch schärfere Maßregeln ergreift, vor allem auch gegen die unstilllichen Ausstellungen in Schauspielen. Was dann die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes anlangt, so bin ich der Meinung, daß bloße Polizeimaßregeln gegen die sozialen Gefahren nicht helfen. Heben Sie den Kulturmampf auf (Heiterkeit) und Sie werden bald die Wahrnehmung machen, daß das Christenthum am besten im Stande ist, die Sozialdemokratie zu überwinden. In Bezug auf den vorliegenden Titel bedauere ich, daß der ganze Staat den größten Theil der Polizeikosten der Stadt Berlin trägt, siehe indes von einem Gegenantrag ab.

### Abg. Windthorst:

Die amtlichen Bekanntmachungen werden nur in gewissen privilegierten Blättern publicirt und die katholischen Blätter von den amtlichen Instanzen völlig ausgeklammert. Das gereicht dem Publikum und den Behörden in gleicher Weise zum Nachteil. Alle Beschwerden bei den verschiedenen Behörden haben nichts geholfen, die Leitern berufen sich auf ein Ministerialrescript; ich möchte bitten, daß die Inschrift dem Ermessen der Localbehörden überlassen bleibt, welche pflichtmäßig sich zu entscheiden hätten. Wenn man dahin gelangen könnte, die Inserate überhaupt von den politischen Zeitungen zu trennen, so wäre das sehr segensreich, und manche Zeitung, die jetzt den Ton angibt, würde bald sehr klein dastehen. Ich bitte den Herrn Minister um eine bestimmte Antwort über das Vorhandensein eines solchen Rescripts.

Da der Minister des Innern schweigt, fährt Abg. Windthorst fort: er constative aus dem Schweigen des Herrn Ministers dessen Einverständniß und werde auf neues Material bedacht sein, um ihn zum Sprechen zu bringen.

### Minister des Innern Graf zu Eulenburg:

Ich gehöre nicht zu denen, die in solchem Hause sagen: nun antworte ich gerade nicht. Im Gegenteil ohne Rücksicht auf die Art und Weise, wie ich probocirt werde, thue ich stets meine Pflicht. Wenn ein Minister nicht antwortet, so liegt der Grund oft darin, daß dies nicht immer opportun, dann aber auch, weil er bei der lebigen Gewohnheit, gelegentlich des Staats über alle Dinge und noch einige andere zu sprechen, nicht immer über jeden Punkt im Augenblick genügend informiert sein kann. Ich möchte wol die Bewunderung im englischen Parlament haben, wenn es einem Mitgliede einfiele, ohne Anmeldung bei irgendeinem Etatsmittel von einem Minister eine Antwort zu fordern. Es kommt aber noch hinzu, daß Dr. Windthorst heute wieder denselben gereizten und feindseligen Ton anschlägt wie gestern. (Oho! im Centrum.) Zur Sache habe ich zu bemerken, daß allerdings ein solches Ministerialrescript existirt; das zu verbreihen habe ich gar keinen Anlaß. In diesem Rescript sind im allgemeinen die Publicationsorgane bezeichnet und die Grundsätze für die Auswahl derselben in speziellen Fällen vorgeschrieben. Ich habe vorhin nicht geantwortet, weil mit das betreffende Rescript nicht zu hand ist, glaube aber im übrigen, daß wol jedermann nicht nur die Befugniß, sondern sogar die Pflicht der Centralbehörde zum Erlass eines solchen Rescripts zugeben wird. (Wissall.)

### Abg. Windthorst:

Ich bestreite, daß ich einen gereizten Ton angeschlagen habe, es sei denn, daß sich mein Organ geändert habe. Allerdings hielt ich es für das Produkt einer gereizten Stimmung auf Seiten des Herrn Ministers, daß mir keine Antwort zuteil wurde. (Heiterkeit.) Mir hätte die zweite Antwort, wäre sie mir gleich gegeben worden, vorläufig genügt. Ich bemerkte ausdrücklich und gern, daß mir jede Feindseligkeit gegen das Ministerium fern liegt, und daß ich vor dem Herrn Minister des Innern eine besondere Achtung habe. Diese Gesinnung kann mich aber nicht verhindern, jeden einzelnen Fall, der zur Beschwerde: Anlaß gibt, hier jedesmal mit Offenheit und Klarheit zur Sprache zu bringen, da Offenheit und Klarheit allein uns vor Missverständnissen bedünnen können.

Hierauf wird die Position im übrigen bewilligt, nachdem nach dem Antrage der Budgetcommission

600 M. Functionszulagen für den Vorsteher des Einwohnermeldeamtes sowie 2160 M. als Besoldung für zwei Voten abgesetzt worden und die diversen persönlichen Ausgaben um 6000 M. vermindert worden sind.

Bei Kap. 82 Tit. 6: Polizeiverwaltung in Posen 107025 M., klagt Abg. Kantak über die strenge Ausführung des Gesetzes über die Geschäftssprache der Behörden in Posen. Man verdränge alle polnischen Namen und setze sogar für die Straßen deutsche Namen fest.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg constatirt, daß die Klagen des Vorredners der praktischen Unterlage entbehren, da bisher nicht die geringste Beschwerde über die Handhabung dieses Gesetzes eingegangen sei. Es sei also gar nicht zu begreifen, weshalb der Vorredner so schweres Geschütz vorführen, da doch Straßenschilder wol nicht zu den Kriegsartikeln gehören.

Abg. Zelle bedauert, dem Herrn Minister widersprechen zu müssen. Wel seien ihm, in der Stadt Posen besonders, mancherlei begründete Beschwerden zu Ohren gekommen. Straßenschilder fallen zudem auch nicht unter den Begriff „Geschäftssprache“.

Abg. Reichsberger-Kreßfeld:

Wie hier die Staatsregierung gegen die Bewohner Posens vorgeht, das ist entschieden zu hart und unweitmäßig. Ich erinnere an das alte Sprichwort: „Was du nicht willst, das man dir thut, das sag' auch keinen andern zu.“ Ich erinnere Sie an die Indignation, die uns alle erfaßte, als man den Schleswigern die dänische Sprache mit Gewalt octroyiren wollte, an die Sympathie, mit welcher wir das zähe Festhalten der Elßässer an der deutschen Muttersprache beglückten. Durch solche kleinliche Mittel erblüttet man nur die Gemüther. Ich weise darauf hin, wie in Paris die Umwandlung der alten Straßennamen in republikanische schon sehr ärgerliche Austritte veranlaßt hat. Ich kann nur hoffen, daß der Herr Minister bei näherer Prüfung der Schläge im Interesse der friedfertigen Tendenzen und auch der Sache selbst, den Wünschen des posener Magistrats und unserer polnischen Mitbürgern tragen wird.

### Abg. Dr. Wehr:

Entschieden fallen die Straßennamen unter den Begriff der Geschäftssprache, daher müssen sie auch deutsch sein. Im übrigen sind Straßenschilder doch nur für die, die lesen können, und wer lesen kann, kann auch deutsch lesen. (Heiterkeit und Wiederpruch.)

### Abg. Dr. Köhler:

Die Interpretation der Straßenschilder als eines Theiles der Geschäftssprache ist durchaus richtig und daher auch die Anordnung der deutschen Bezeichnung nur zu loben.

### Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst:

Was den Abg. Dr. Wehr anlangt, so dürfte der Herr Minister das Gefühl gehabt haben, Gott schütze mich vor meinen Freunden. Er irr, wenn er der Ansicht ist, daß jeder, der lesen kann, deutsch lesen könne. Ich halte diese ganze Maßregel für eine kleinliche Quälerei der Polen, welche man auch hierdurch mit Gewalt zu germanisieren gedenkt. Doch pflegen diese Mittel ihren Zweck zu verfehlten. Mit Milde und Humanität, vor allem aber mit Gerechtigkeit muß man vorgehen, nur auf diesem Wege wird es gelingen, unsern polnischen Mitbürgern Liebe zu ihrem preußischen Vaterlande abzuhängen.

Hierauf wird Tit. 6 bewilligt.

Der Rest des Kap. 92, Tit. 7—48: Polizeiverwaltungen in Breslau, Magdeburg, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Köln ic. wird ohne Discussion nach den Anträgen der Budgetcommission, Referent Abg. Frhr. v. Heereman, bewilligt.

Kap. 93: Polizeidistrictscommissarien in der Provinz Posen 490498 M., wird genehmigt, nachdem Abg. Freymark das Ministerium ersucht hat, baldigst auf eine Verbesserung der finanziellen Lage dieser wichtigen Beamten Bedacht zu nehmen.

Kap. 94: Landgendarmerie 8730544 M., wird nach kurzer Debatte genehmigt.

Hierauf verlagt sich das Haus bis Mittwoch 11 Uhr. Tagesordnung: Zweite Verathung des Gesetzentwurfes betreffend die Vererbung der Landgüter in der Provinz Westfalen, in Verbindung mit dem dazugehörigen Antrag Dr. Köller. Kleinere Eisenbahnanträge; Ausführungsgesetz zur Gebührenordnung für Rechtsanwälte; Fortsetzung der Statverathung und Wahlprüfungen.

### Deutsches Reich.

Das Berliner Tageblatt schreibt: „Wie von unterrichteter Seite verbreitet wird, wäre neuerdings eine Instructionssdepesche an unsere diplomatischen Vertreter im Auslande ergangen, nach welcher vorkommendenfalls zu betonen sei, daß die Aufrechterhaltung des freundnachbarlichen Verhältnisses zu Russland durch einige nebensächliche Störungen in keiner Weise erschüttert worden sei und daß die in öffentlichen Blättern enthaltenen Mittheilungen über ernste Differenzen zwischen beiden Regierungen jeder thatächlichen Grundlage entbehren.“

— Die Berliner Börsen-Zeitung schreibt: „Eine aus London vorliegende Meldung, daß der Antrag gestellt

ist, die Wreck Recovery and Salvage Company zu liquidiren, welche gegründet worden ist, um das deutsche Kriegsschiff Großer Kurfürst zu heben, bestätigt indirect die ungünstigen Berichte, die bisher über Hrn. Leutner nach Deutschland gekommen sind. Wenn die Londoner Actionenhaber den Antrag auf Auflösung der Gesellschaft stellen, ohne daß der Gesellschaft bislang das Geringste an Einkünften zugeslossen ist, so bedeutet das, daß sie den letzten Rest, der von ihren Geldern etwa noch vorhanden sein möchte, retten und nicht auch noch ins Wasser werfen lassen wollen. Daß Hr. Leutner den Großen Kurfürsten niemals heben wird, mag nach den jetzigen Resultaten wol selbst unsere Admiralität nicht mehr bezweifeln."

Breuhen. N.L.C. Berlin, 1. Dec. Am vergangenen Freitag begann die zur Berathung des Entwurfes eines Feld- und Forstpolizeigesetzes gewählte Commission die zweite Berathung. Gegen eine nicht unbedeutende Minderheit wurden die auf Milde rung mehrerer Strafbestimmungen gerichteten Abänderungsvorschläge — Staturierung der Haft nur für den Unvermögensfall, Bestrafung nur auf Antrag des Befreigten &c. — abgelehnt und hierbei selbst die in der ersten Berathung beschlossenen mildern Bestimmungen gestrichen. Bei §. 10 hielt die Mehrheit der Commission die gegen die Ansicht der Regierung in den Entwurf hineingebrachte Strafbarkeit des Gehens über unbefestigte nicht durch Tafeln &c. geschützte Grund stücke nach langer und erregter Debatte aufrecht. Sonnabend wurde die Berathung fortgesetzt und die zweite Lesung beendet. Einen abermaligen lebhaften Kampf erregte die Strafbestimmung bezüglich des Sammelns von Kräutern, Beeren und Pilzen in Forstgrundstücken. Hierbei kam ein im Interesse der Provinz Hessen Nassau gestelltes Amendement, welches für gewisse Arten von Waldungen dem Waldeigentümer bezüglich der in Rede stehenden Waldproducte Beschränkungen auferlegt wissen will, zur Verhandlung. Mit Recht wurde demselben entgegengehalten, daß, was für Hessen Nassau zweckmäßig, ja nothwendig erscheine, nicht aber für die vielen andern Landesteile der Monarchie, nicht ohne weiteres in den Entwurf aufzunehmen sei, daß es vielmehr angemessen erscheine, die in Hessen Nassau dem Volksbewußtsein in hohem Maße widerstrebenden Bestimmungen des Entwurfes von der Geltung für diese Provinz auszuschließen. Die Vorschriften betreffend die Höhe des Ersatzgeldes riefen manchmache Abänderungsvorschläge hervor, theils zum Zweck der Verschärfung, theils zum Zweck der Milderung, doch verblieb die Commission mit einer unwesentlichen Ausnahme bei den in der ersten Berathung beschlossenen Sätzen. Der von einem Abgeordneten vorgeschlagene Zusatz, nach welchem für Botaniker &c. Ausnahmeverordnungen erlassen werden sollen, nach denen die Beisetzung des Waldes und der Flur, welche zu wissenschaftlichen Zwecken erfolgt, unter dem Schutz polizeilicher Erlaubnißkarten freigegeben werden soll. Dieser Vorschlag fand keinen Anklang, weil die Bevorzugung einzelner Individuen selbst zu wissenschaftlichen Zwecken einstudiastisch erschien. Ohne Beanstandung endlich wurde das Verfahren über Forstcontraventionen, Waldfrevel, schadenerlaß und Ersatzgeld und Pfändungen wesentlich nach dem Entwurf aufrecht erhalten.

N.L.C. Berlin, 2. Dec. Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses haben bisher einen ungewöhnlich glatten und raschen Verlauf genommen, und es ist alle Aussicht vorhanden, vor Weihnachten die zwei wichtigsten Vorlagen, den Etat und die Eisenbahnfrage, zu erledigen, die andern Gesetzentwürfe aber soweit zu fördern, daß verhältnismäßig frühzeitig im neuen Jahre auch ihre Erledigung zu erwarten ist, so weit sie überhaupt in dieser Session darauf Aussicht haben. Sicherlich ist diese prompte Arbeit erfreulich, namentlich im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagssession. Wenn aber die Kreuzzeitung dies ihren Gesinnungsgenossen zum besondern Verdienst anschreibt, so möchten wir doch einwenden, daß der rasche Gang der Etatsberathung bisher lediglich durch die gegen frühere Jahre sehr auffallende Zurückhaltung des Centrums verursacht war. Erst in den letzten Tagen ist die Partei von dieser Praxis einigermaßen wieder abgekommen, und vielleicht holt sie die Versäumnis noch recht reichlich nach.

— Die Unterrichtscommission des Abgeordnetenhauses beschloß betreffs der elbinger Simultanskus-  
petition mit 11 gegen 10 Stimmen den Uebergang zur  
Tagesordnung.

— Aus Berlin vom 1. Dec. schreibt man der Kölnerischen Zeitung: „In den Nebenräumen des Abgeordnetenhauses herrschte heute eine lebhaftere Bewegung als im Sitzungsraale. Man wollte wissen, und ähnliche Gerüchte sind schon seit einigen Tagen verbreitet, die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der Römischen Curie seien bereits gescheitert, und zwar an der Personenfrage. In Rom hätte man verlangt, die sämmtlichen verbannten Bischöfe sollten in ihr Amt zurückkehren, und jene, bei denen dies gar nicht möglich sei, sollten bewegen werden.

vom Amte freiwillig zurückzutreten. Dies wäre die einzige Concession, zu welcher sich die Curie verstellen möchte. Vergabens hätte man diesseits auf die Vorgänge in Belgien hingewiesen und betont, die Regierung könne ihre Macht der römischen Kirche gegenüber nicht aus den Händen geben. Diese Angaben wurden in etwas durch die plötzlich veränderte Haltung des Centrums bestätigt. Ton und Inhalt der heutigen Reden des Abg. Windthorst und seiner Genossen unterschieden sich wesentlich von der bisherigen Haltung des Centrums.“

— Die National-Zeitung berichtet über eine am vergangenen Samstagabend abgehaltene Sitzung der Berliner Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, welche durch eine kurze, aber bedeutsame einleitende Ansprache ihres neu gewählten Vorsitzenden, des Dr. Otto Michaelis, bisherigen Directors im Reichskanzleramt, ein besonderes Interesse erhielt. Einleitend bemerkte die National-Zeitung

Dr. Michaelis hat die in Deutschland ziemlich seltene Laufbahn vom Journalisten bis zum Inhaber eines der höchsten Verwaltungämter durchlaufen; die Tätigkeit, welche er als Mitglied der Berliner Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, des Congresses deutscher Volkswirthe, als Tagesschriftsteller über volkswirtschaftliche Fragen entwickelt, hatte die Augen auf ihn gelenkt, als das Reichskanzleramt — in seinen Anfängen hieß es bescheidener „Bundeskanzleramt“ — zu dem Zweck begründet wurde, eine wirtschaftliche Gesetzgebung für ganz Deutschland vorzubereiten. Dr. Michaelis war der hervorragendste Gehilfe Delbrück's und mit demselben der Hauptträger unserer modernen wirtschaftlichen Gesetzgebung. Um von minder wichtigen Arbeiten zu schweigen, die Gewerbeordnung, das Bankgesetz und das Münzgesetz stammen aus seiner Feder. Die neueste Wendung unserer Politik hat ihn in eine Stellung versetzt, in welcher er nicht mehr für die Gesetzgebung praktisch thätig sein kann, und er lebt nunmehr unentmündigt zu der Stelle zurück, von welcher er ausgegangen ist, um wiederum wissenschaftlich Zeugniß abzulegen für diejenigen Grundsätze, die er 12 Jahre hindurch praktisch vertreten.

Die Rede, mit welcher Hr. Michaelis seine Funktionen antrat, enthielt (nach derselben Quelle) drei beachtenswerthe Ausführungen:

1) Die volkswirtschaftlichen Bestrebungen der von ihm vertretenen Richtung seien in den letzten Jahren durch politische Strömungen gefördert worden; diese Kunst der Verhältnisse falle in Zukunft fort, und die volkswirtschaftliche Bewegung müsse sich in Zukunft lediglich darauf verlassen, daß sie die Überzeugungen und Anschaunungen der leitenden Kreise wissenschaftlich stärke. 2) Der volkswirtschaftliche Theoretiker müsse die Gelegenheit suchen, die von ihm aufgestellten Sätze im Kreise von Praktikern bestätigen, berichtigten oder begrenzen zu lassen; daß das letztere öfters unterblieben sei, bedauerte der Redner. 3) Trotz dieser Mängel, welche der volkswirtschaftlichen Bewegung anliebten, seien die durch dieselbe geschaffenen Reformen keine vorübergehende Erscheinung, sondern blieben grundlegend für die Zukunft der Nation.

— Der *Neuen Frankfurter Presse* berichtet man aus Kassel vom 1. Dec.: „Eine große Bürgerversammlung beschloß die Eingabe einer Petition gegen den Forstpolizei-Gesetzentwurf.“

Baiern. Der in Nürnberg am 28. Nov. erschienene Polizeibericht meldet:

Am vergangenen Dienstag, 25. Nov., wurden bahier verschiedene Haardurchsuchungen nach verbotenen sozialdemokratischen Druckschriften vorgenommen und bei dieser Gelegenheit bei dem Einlaßtreter Grünewald außer verschiedenen andern sozialdemokratischen Schriften insbesondere nachbezeichnete Druckschriften vorgefunden und polizeilich beschlagnahmt: 14 Nummern der von Most redigirten, in London herausgegebenen verbotenen Druckschrift „Freiheit“, 45 Exemplare der verbotenen Druckschrift „Nieder mit den Socialdemokraten“ von W. Bräse, 3 Exemplare der verbotenen Schrift „Der große Krach“ von F. G. Schulze, 2 Hefte der verbotenen Broschüre „Die parlamentarische Thätigkeit des Deutschen Reichstages 1874—76“ von A. Bebel, 393 Exemplare der verbotenen Broschüre „Der Steffelbauer von Feldmoching und die Sozialdemokratie“, Verlag von A. Kieser. Außerdem fand sich noch unter einer größeren Partie kleingespaltenem Holzes auf dem Dachboden ein verschüttetes Packet, welches 170 Stück Flugblätter über die Art und Weise der sozialdemokratischen Agitation nach dem Inkrafttreten des Sozialisten-  
gesetzes enthielt.

Italien.

Die Zahl der Schriften in Antwort italienischerseits auf die gegen die Bestrebungen der Italia irredenta gerichtete Broschüre „Italicae res“ des Obersten v. Haymerle wird demnächst durch eine bereits im Druck begriffene Publication des Deputirten Agostino Bertani, des Führers der republikanischen Gruppe im Parlament, vermehrt werden. Diese Arbeit des Hauptes der äußersten Linken nimmt von dem leythin erschienenen „Pro patria“ des neapeler Hauptcomité der Italia irredenta ihren Ausgang und handelt von der Pflicht und der Art und Weise, das Vaterland in den Besitz des gesamten, ihm von der Natur zugewiesenen Territoriums zu setzen.

Großbritannien

Ueber den verstorbenen John Arthur Roebuck entnehmen wir der National-Zeitung Folgendes:

Veranstaltung von Meetings. Er wurde 1832 von der Stadt Bath ins Parlament gewählt, schloss sich hier den äußersten Radikalen an und gründete mit Moleworth die Westminster Review. Im Jahre 1836 zum Agenten der gesetzgebenden Versammlung von Untercanada für England ernannt, vertreter er die Rechte Canadas mit größtem Eifer und entsprechendem Erfolge im englischen Parlament. Die Rücksichtslosigkeit seines Auftretens aber und die Gleichgültigkeit gegen Parteiinteressen machten ihn den Tories und Whigs gleich verhasst. Bei den Wahlen von 1837 verlor er infolge dessen seinen Sitz im Unterhause, den ihm Bath jedoch im Jahre 1841 wieder zurückgab. An Cobden's Freihandelsbestrebungen nahm er hervorragenden Anteil, verlorte aber auch hierbei die Sonderinteressen vieler, sodass er abermals seinen Parlamentsplatz verlor. Im Mai 1848 wählte ihn Sheffield zu seinem Vertreter im Unterhause. Im Jahre 1850 beantragte er die ausdrückliche Billigung der von Palmerston beobachteten Interventionspolitik und verhinderte dadurch den Sturz des im Oberhause unterliegenden Ministeriums. Dennoch zeigte er sich als großer Widersacher des Whigkabinetts, das er in seiner „History of the Whigministry“ sehr scharf mitnahm. Auch während des orientalischen Krieges stand er auf Seiten der Gegner der Regierung. Auf seinen Antrag erfolgte im Januar 1855 die Riederschung einer parlamentarischen Untersuchungskommission über die Misbräuche in der Armeeverwaltung, der Aberdeen's Sturz und Palmerston's Berufung an die Spitze der Geschäfte verhinderte. Roebuck ließ sich trotzdem nicht für die ausschließlichen Whiginteressen gewinnen. Er blieb unabhängig, allein seiner Überzeugung folgend unterstützte er bald die Liberalen, bald ihre Gegner. In den Jahren 1859 und 1867 trat er für die von den Tories eingebrachten Reformbills ein und bekämpfte die liberalen Amendements dazu. Während des austro-italienischen Krieges war Roebuck als einziges der hervorragenden Mitglieder des Unterhauses ein Bewunderer und Vertheidiger Österreichs. Im amerikanischen Bürgerkriege gehörte er zu den Parteigängern der Südstaaten, auch in den irischen Reformfragen stand er gegen die Liberalen auf. Wegen seiner Agitation gegen die Gewerkschaften lehnte Sheffield 1868 seine Wiederwahl ab; doch 1874 sendete es ihn abermals als seinen Vertreter ins Parlament. Während der letzten Jahre durch Alter und Kränklichkeit an einer hervorragenden parlamentarischen Tätigkeit gehindert, ließ er nur noch selten seine Stimme hören. Die auswärtige Politik des gegenwärtigen Ministeriums fand seinen vollen Beifall, und ganz besonders zeigte er sich als ein Gegner Russlands und der Gladstone'schen bulgarischen Greuelagitation. Diese Unterstützung der Regierung wurde durch die Ernennung Roebuck's zum Mitglied des Privy Councils (zum Geheimrat) ausgezeichnet. Er nahm im parlamentarischen Leben Englands eine ganz exceptionelle Stellung ein, wusste sich durch die Unabhängigkeit seiner Gesinnung, den stützlichen Ernst, mit dem er seine Überzeugung vertrat, einen ganz ungewöhnlichen Einfluss auf die Politik des Landes zu erzielen. Als Charakterkopf wird er in der Porträtgalerie der englischen parlamentarischen Berühmtheiten immer die Aufmerksamkeit der Politiker und Historiker in Anspruch nehmen.

## Belgien.

Das Journal de Bruxelles meldet unterm 30. Nov., daß der Bischof von Tournai, Dumont, durch ein Breve des Papstes abgesetzt und ein Diözesanverwalter ernannt worden ist: „Msgre. Isidore Joseph de Rousseaux, Hausprälat des Papstes, Kanonikus der Metropole Mecheln und Oberer des kleinen Seminars baselbst, ist zum Verweser der Diözese Tournai ernannt worden. Am Freitag Abend hat er dem Kapitel das Decret überreicht, welches ihm voll und ganz die Jurisdiction der Diözese überträgt, und hat sofort von der Kathedrale und der bischöflichen Wohnung Besitz ergriffen. Im nächsten Consistorium wird er zum Bischof präconisirt werden. Der abgesetzte Dumont hatte sich schon seit dem Dienstag ins Seminar zurückgezogen, alle jungen Geistlichen hinausgetrieben und mit einer kleinen Schar Getreuer sich dort eingeschlossen. Die officiöse Anzeige seiner Absetzung lehnte er heftig ab, weil sie keinen Glauben verdiente. Am Samstag ist ihm dann vom Delan des Kapitels das päpstliche Breve mitgetheilt worden, freilich nicht ohne Schwierigkeit; die Domherrn Maton, Bray und Wattecamps haben den Eintritt ins Seminargebäude mit Gewalt erzwingen müssen, wobei, da Dumont sich persönlich widersetzt und die Thür zuschlagen wollte, in eingesschlossener Regenschirm zerbrochen wurde. Durch den Lärm war eine ziemliche Anzahl von Zuschauern herangezogen worden, welche lebhaft für und wider den Gemahrgelten eintraten. Schließlich mußte dieser sich in sein Schicksal ergeben und den Richterspruch des Papstes vernehmen. Dem Erzbischof Dechamps in Mecheln hatte der Runtius Bannutelli persönlich am Freitag die Meldung gemacht und den Kanonikus Rousseaux gleich mitgenommen.“

Russland.

In Konstantinopel war durch die dortige Agence Havas die Sensationsnachricht von einer nahe bevorstehenden Abdankung des Kaisers Alexander verbreitet und machte natürlich großes Aufsehen. Dieses Gerücht ist von keiner Seite sonst bestätigt. Werner hieß es, Fürst Gortschakow wolle seine diplomatische Laufbahn „mit einer Haupt- und Staatsaktion abschließen“. Mit welcher, wusste niemand zu sagen.

— Ueber den zweiten und dritten (letzten) Verhandlungstag im Prozeß Mirsky entnehmen wir Nachstehendes einem dem Berliner Tageblatt zugegangenen Bericht vom 29. Mon.:

Am 28. Nov. wurden die Verhandlungen fortgesetzt.

1832 von der sich hier den Coleworth die Agenten der für England größtem Eisen Parlament. Die und die Gleiche in den Vereinen von 1837 ver- u. den ihm in Cobden's Antheit, und vieler, sodass im Mai 1848 in Unterhause, als großer einer „History Auch während der Gegner im Januar schen Unter- der Armeeser- n's Verhafung zuckt sich fü- nteressen ge- lebenerzeugung ihre Geister, die von den kämpfte die stro-italieni- vorragenden und Verdi- siege gehörte in den ita- auf. Wegen Scheitern es ihn aber- dährend der inner herver- ließ er nur zeitige Politik den Beis, der Ruhlands- cion. Diese Ernennung am Geheim- schen Leben, wusste sich zu stützen einen ganz endes zu er- gallerie der er die Auf- uch nehmen,

30. Nov., durch ein verwalter de Rou- der Me- Seminars jurnai er- m. Kapitel ganz die sofort Wohnung wird er abgesetzte ins Se- hinausge- sich dort Absehung verdiene. Kapitels nicht nicht Bray und urgebäude mont sich n wollte. Durch aufzuhauen und dieser terspruch Dechamps persönlich anonus

Agence e bevor- er ver- Dieses Ferner diplom- atisation sogen.

Berhand- r Nach- angenen

orgerichtet 10 Uhr

11%, abends währt die Rede des Staatsanwalts. Die Frage des Präsidenten an die Vertheidiger, ob sie sich nicht in ermisst fühlen zu ihren Vertheidigungsreden, wurde von denselben bejaht; infolge dessen verlängerte der Präsident die Sitzung bis Sonnabend, 29. Nov., 10 Uhr morgens. Der Hauptbelastungszunge Bombardier Schetinin, Bursche des angeklagten Artillerieführers a. D. Tarchow, stand mit diesem ungemein familiär, welchen Umstand der Zähler dadurch erklären will, daß er in seinem Burschen vor im Dienst einen Untergesellen, außer Dienst aber den ihm vollkommen gleichstehenden Menschen gesehen und auch beratig behandelt habe. So demontierte er in Taganrog mit ihm gemeinsam ein Zimmer, Herr und Diener tranken zusammen ihren Tee, aßen, rauchten sc. Dem Burschen war das eigentümliche Treiben seines Herren mit Mirsty, so erzählte er, aufgefallen; er beobachtete beide schwarz, meldete alles der Offizier und veranlaßte so schließlich ihre Arrestierung. Zuvor hatte er sich selbst auf den Revolutionär aufgespielt, ging auf alle Vorschläge der beiden ein, nahm selbst Fälschungen von Papieren sc. vor, kurzum vereiterte vollkommen Spionendienste. Ihm gegenüber geriet Mirsty am Donnerstag Abend so in Wuth, daß er ihm plötzlich die Worte ins Gesicht schleuderte: „Spion, Schurke!“ Der Präsident befahl sofortiges Schweigen, worauf Mirsty diesen bat, ihm seine momentane Aufwallung zu verzeihen. In der Sitzung am 29. Nov. erhielt der Vertheidiger Mirsty's, Dr. Stäschkin, zuerst das Wort. Er redet kurz, aber kräftig und in den wärmsten Ausdrücken. Er berichtet die gesammten Verhältnisse, unter denen Mirsty gelebt. Darauf folgen die andern Vertheidiger. Dann sprechen die Angeklagten, darunter Mirsty, noch schriftliche Notizen. Der angeklagte Rechtsanwalt Olchin hält eine mehrstündige Rede. Manche der Angeklagten nicken dabei, darunter auch einer der andern Angeklagten, Levenson, welcher dann, als die Reihe an ihm kommt, vorsätzlich, mit schlagender Logik und gewichtiger Argumentation spricht und Punkt für Punkt der Anklage widerlegt. Levenson ist Angehöriger einer bissigen Bank und lehrt, wie verlautet, sofort wieder zu seinem hoch dotirten Posten zurück. Um 5 Uhr 20 Min. zieht sich das Gericht zur Verhandlung zurück und genau nach fünf Stunden, um 10 Uhr 20 Min. abends, erfolgt Verlesung des Urteils. Das Urteil lautet so: „Mirsty wurde schuldig befunden der Zugehörigkeit zu einer sozialistischen Gesellschaft; ferner schuldig des Attentats auf General Drentelen und des bewaffneten Widerstandes gegen Amtspersonen sowie Fälschung eines Passes; er wurde dafür zum Tode durch den Strang verurtheilt. Der Angeklagte Tarchow wurde schuldig befunden der Theilnahme an der Fälschung eines Passes, um Mirsty zu helfen, von dessen Attentat er gewußt hat. Tarchow wurde zu 18 Jahren 4 Monaten Zwangsarbeit in Sibirien verurtheilt. Der Zugehörigkeit zu einer revolutionären Gesellschaft wurde er für nicht schuldig befunden. Alle übrigen Angeklagten wurden wegen Mangel an Beweisen von der Anklage revolutionärer Umrüste und der Mitwissenschaft des Mirsty'schen Attentats freigesprochen.“

### Donaufürstentümmer.

Die Presse heißt unter dem 1. Dec. mit: „Aus Sofia wird gemeldet, daß gestern Fürst Alexander die Annahme der Adresse der bulgarischen Skup- schtina verweigerte. Karawelow beantragte hierauf in geheimer Sitzung, die Adresse abzuändern; sein Antrag wurde aber von seiner Partei verworfen. Dem Vernehmen nach ist der Fürst entschlossen, den Kriegsminister Parenzow trotz des auch gegen ihn gerichteten Todesvotums in jeder eventuellen Ministercombination beizubehalten.“

— Aleko Pascha hat die Auflösung der ostrume- lischen Turnvereine verfügt.

### Amerika.

Im Staate Ohio beginnt jetzt auch wieder die Weiber-Temporenzlerei. Bereits haben im Städtchen Fredericktown fanatische Weiber einen neuen Kreuzgang gegen die Saloons (Gastwirtschaften) unternommen, wobei sie sich große Gewaltthäufigkeiten zu Schulden kommen ließen. Eine Correspondenz liefert die folgende Schilderung des Herganges: „Heute Morgen wurde die Glocke der Baptistenkirche geläutet und im Nu hatten sich 15 mit Handbeilen bewaffnete Frauen versammelt. Sie zogen sofort nach Kelley's Saloon. Der Barkeeper (Wirth) hatte rasch den Saloon geschlossen und hielt sich in sicherer Entfernung. Ohne sich auch nur einen Augenblick zu bestimmen, zertrümmerte der weibliche Pöbel mit den Beilen die Fenster. Die Thür gab den Schlägen nach, und herein stürzten die fanatischen Weiber, schlugen die Böden der Häuser ein und ließen die Getränke auf den Boden laufen. Alle Flaschen wurden zertrümmert und ausgelaert und in zehn Minuten war das Werk der Zerstörung vollendet. Sogar der Schanktisch wurde zerhakt, die Biersässer zerschlagen und alles, was nicht niet- und nagelfest war, ruiniert. Von hier begaben sich die Weiber nach dem gegenüberliegenden Saloon O'Connor's. Derselbe war geschlossen und der Wirth stand vor der Thür. Sie forderten ihn auf, die Getränke herauszubringen, widrigensfalls sie den ganzen Saloon zerstören würden. O'Connor sagte Nein, willigte aber ein, seinen Vorrath nach dem Depot zu fahren, wenn sie ihn ruhig ziehen lassen wollten. Dies wurde zugestanden. O'Connor ließ darauf zwei Häscher Whisky fortfahren und verscherte, dies sei sein ganzer Vorrath. Damit waren die Weiber jedoch nicht zufrieden. Sie drangen in den Saloon und zertrümmerten alle Flaschen und Kelche, die sie vorfanden. Darauf begaben sie sich nach dem Gasthause von Hoosack u. Comp. und nach Wells' Bäckerei, wo Bier verkauft wird, und drohten

den Eigentümern, daß sie alles zertrümmern würden, wenn sie die Getränke bis Montag Morgen nicht aus der Stadt geschafft hätten. Die Besitzer des Hauses erklärten, daß sie ihr Eigentum auf jede Gefahr hin vertheidigen würden, und Kelley hat Befehle gegen die Weiber ausgewirkt. Die Aufregung ist groß und das Ende noch nicht abzusehen.“

### Königreich Sachsen.

Ein großes Grubenunglück bei Zwickau.

\* Leipzig, 3. Dec. Der gefährliche Beruf des Bergmanns unter der Erde hat wieder einmal ein trauriges Massenopfer gefordert! Und unser Sachsen ist es, welches dieses schmerzhafte Opfer an Menschenleben hat bringen müssen. Nicht viel über 10 Jahre sind es, daß in dem Kohlenstrecke im Plauenschen Grunde bei Dresden mehr als 300 Bergleute auf einmal verunglückten. Jetzt kommt aus dem Zwickauer Kohlenbezirk die Schreckenskunde, daß dort durch schlagende Wetter 70—80, wenn nicht mehr, Kohlenarbeiter gleichzeitig getötet worden. Zuerst brachte der Telegraph folgende kürzere Meldung:

\* Chemnitz, 2. Dec. Wie dem Chemnitzer Tageblatt gemeldet wird, ist gestern Abend in dem zweiten Zwickauer Brüderbergwerk die Belegschaft durch schlagende Wetter verunglückt. Man befürchtet, daß 70—80 Personen dabei ums Leben gekommen sind. Die Rettungsarbeiten sind in vollem Gange.“

Ausführlicher berichtet über das traurige Ereignis das Zwickauer Wochenblatt unter dem 2. Dec. wie folgt:

Ein schweres Unglück hat so wenige Wochen vor dem nahenden Christfest und bei dem Eintritte winterlicher strengerer Witterung eine große Anzahl von Familien heimgesucht, indem gestern Abend zwischen 10 und 11 Uhr auf dem zweiten Schachte des Brüderberg-Steinkohlenbauvereins eine bedeutende Entzündung sogenannter schlagender Wetter stattgefunden hat. Nachdem schon gestern Abend kurz nach dem Unglück vorläufige Nachrichten sich verbreitet hatten, eilte heute früh die Kunde von dem erschütternden Umfang desselben durch alle Kreise hiesiger Bevölkerung und ist darüber zunächst Folgendes mitzutheilen. Die Explosion hat auf dem tiefsten Höhle während der Arbeitszeit und bei einer Belegschaft von etwa 150 Mann sich ereignet. Nachdem nun anfangs noch nach vorläufiger Schätzung etwa 70 Mann sich in Sicherheit brachten oder mehr oder weniger verläßt zu Tage gefördert und der bereits angelangten ärztlichen Hilfe, beziehentlich Untersuchung übergeben wurden, mußte das weitere Einfahren der brauen Retter infolge eigener bringender Lebensgefahr zunächst eingestellt werden. Die mit bemerkenswerther Bravour weiter fortgesetzten Anstrengungen zur Rettung ergaben, nachdem die hauptsächlich geförderte Verbindung zwischen dem oberen und tiefen Höhle durch ein Gängelzeng einstweilen hergestellt und Obersteiger Kübin, dann mehrere Steiger sowie auch Bergdirektor Berg eingefahren waren, leider die annähernde Richtigkeit der anfänglichen Annahme und begann man an die Einwechslung eines Fördergerüsts zu gehen, indem das zweite Fördergerüst, welches zum tiefsten Höhle reicht, durch die Gewalt des Luftdrudes unbrauchbar gemacht war. Die Mannschaften, welche sich selbst retteten, sind theils mit dem oberen Fördergerüst des zweiten, theils durch den vierten Schacht ausgefahren.

Infolge der eifrigst geführten Arbeiten konnten Bergdirektor Berg, Obersteiger Voigt und 12 Zimmersleute auf der wiederhergestellten Förderung gegen 10 $\frac{1}{2}$  Uhr mit den nötigen Requisiten wieder eintreten und brachten dann 5 Minuten nach 2 Uhr die ersten beiden Leichen (Anschläger Döschner aus hiesiger Burgstraße und ein noch nicht recognosierter junger Mensch) heraus. Im Schachte sind viele Beitrümmerungen angerichtet und z. B. beladene Hunne, die circa 60 Ctr. wiegen, untereinander geworfen worden, sodass sich das Ende des Ausbringens nicht bestimmten lässt. Zur vorläufigen Aufnahme ist der Zimmerschuppen des Werkes hergerichtet worden. Eine genaue Angabe der Namen und Wohnorte und somit eine genauere Übersicht der schrecklichen Verluste ist noch nicht zu gewinnen, doch dürfte obengenannte Zahl nicht wesentlich von dem Thatbestande abweichen.

Welch jammervolles Weihnachten für die Burghäuser, für die vielen Frauen, Kinder und sonstige Angehörige der Verunglückten, welche in diesen nicht blos Gatten, Väter, Blutsverwandte, sondern wohl auch ihre einzigen Verfolger und Ernährer beweinen. Welche trostlose Zukunft, die ihnen entgegenstarrt!

Gewiß, die allgemeine Mildthätigkeit wird, wie bei dem Unglück im Plauenschen Grunde, so auch jetzt geschäftig sein, mit offener Hand und warmem Herzen zu trösten und zu heilen, soweit nur Heilung und Trost hier möglich sind.

Mögen doch namentlich alle Wohlhabenden daran denken, wie dort an der Unglücksstätte in so vielen niedern Wohnungen auch das bescheidene Christbaumchen, das sonst der Vater den Seinen anzuzünden pflegte, diesmal nicht brennen, daß das allgemeine Fest der Freude für jene Armen ein Tag doppelter Trauer sein wird! Mögen sie von der Hülle glänzender und oft überschüssiger Gaben, die sich auf ihrem Weihnachtstäfelchen häufen, einen Theil sich und den Ihrigen versagen, um dafür desto reichlicher dort zu helfen, wo es so bitter noththut! Dass wir eine solche Bitte und Mahnung zunächst an unsere leipziger Bürgerschaft richten, dessen sind wir gewiß!

In der II. Kammer fand am 2. Dec., nachdem ein Antrag des Abg. Köhler wegen Abschaffung des

Befahrens bei Grundstückszusammenlegungen an die Gelegungsdeputation verwiesen worden, eine sehr lebhafte und theilweise erregte Debatte statt anlässlich des Berichtes der ersten Abtheilung über die Wahl des Abg. Ruppert im ersten chemnitzer Wahlkreise. Von sozialistischer Seite war gegen die Wahl Protest erhoben worden. Die Abtheilung beantragte denn auch Erörterung der in dem Proteste behaupteten Unge- schicktheiten und inzwischen Beanstandung der Ruppertschen Wahl. Die Debatte bewegte sich theils um die fraglichen Vorgänge, theils um das Verhalten und die Stellung der sozialistischen Partei in Chemnitz. Es nahmen daran theil der Staatsminister v. Nostitz-Rieneck, die Abg. Roth, Dr. Stephani, Günther, Ackermann, Möbius, Schaffrath, Piecknecht und Freytag. Der Antrag der Abtheilung ward einstimmig angenommen. Tit. 1 des außerordentlichen Staatshausbuchs (50000 M. Berechnungsgeld zur Entschädigung an Stadtgemeinden für die Übernahme von innerhalb der Städte gelegenen fiscalischen Pfaster- und Straßenstrecken zu eigener Unterhaltung) wurde auf Antrag der Finanzdeputation (Abtheilung B) ohne Debatte bewilligt. Eine Beschwerde, beziehentlich Petition Glühmann's und Tibel's in Dresden und Genossen, den Handel der Lehrer und der Schulhausmänner mit Schulbedürfnissen betreffend, ließ die Kammer auf sich beruhen. Den sehr ausführlichen Bericht unsers Berichterstatters tragen wir morgen nach.

— Die Dresdner Nachrichten berichten aus Dresden vom 3. Dec.: „Das ruhmreiche Schüleregiment beging gestern in feierlicher Weise den Jahrestag der Schlacht bei Baccarat und Saint-Brie vor Paris. Es hatte bei dieser Ausfallsschlacht der Franzosen nicht weniger als 13 tote und 23 verwundete Offiziere, sowie 205 tote und 470 verwundete Mannschaften verloren. (Der Gesamtverlust des im Juli 1870 mit 60 Offizieren und 3000 Soldaten ausmarschierten Regiments betrug während des ganzen Feldzuges überhaupt 17 gefallene und 34 verwundete Offiziere, sowie 263 gefallene und 700 verwundete Soldaten). Wie alljährlich waren die im Portal der Kaserne befindlichen Marmortafeln, welche die Namen der am 2. Dec. 1870 Gefallenen enthalten, bekränzt, die Kaserne selbst festgestellt. Um 11 Uhr war das gesamme Regiment auf dem Kasernenhof aufgestellt, um der Vereidigung der im November eingestellten Recruten beizuwöhnen. Der Regimentscommandeur v. Tschirschky hob in seiner Ansprache an die zu vereidigenden Mannschaften die Wichtigkeit und Heiligkeit der Handlung hervor und forderte sie mit Bezugnahme auf den Ehrentag des Schüleregiments auf, ihren Kameraden aus dem Jahre 1870 nachzueifern in Tapferkeit und Pflichterfüllung gegen König und Vaterland. Diese Ansprache und der feierliche Act machten auf alle Theilnehmer tiefen Eindruck. Alle Mannschaften erhielten mittags besonders reichliche und gute Kost, sowie Bier.“

† Leipzig, 3. Dec. In der gestrigen Versammlung der Gemeinnützigen Gesellschaft sprach, nachdem Buchhändler Hermann über den bekannten Ausfall der Stadtverordnetenwahlen berichtet hatte, Professor Dr. Bach über Reform der Armenverwaltung:

Eine solche Reform bezeichnete Redner von vornherein als bringend geboten, da die Lage der Armenanstalt in den jüngsten Jahren immer unbeschreibbar geworden. Nach Schilderung der jetzigen Stellung der seit mehr denn 70 Jahren wirkenden Anstalt, ihrer Aufgabe, ihres im Sinne begriffenen Vermögens, ihrer immer steigenden Ausgaben (1872: 182000 M., 1877: 372000 M.), deren Zunahme besonders eine Wirkung des Gesetzes über den Unterstiftungswohnstift sei, bemerkte Redner ferner: Was die freiwillig gezeichneten Beiträge betrifft, so sind diese seit Beginn der Anstalt nur ganz unwesentlich gewachsen. Abfälle kann nur geschaffen werden, wenn an Stelle der bisherigen freiwilligen Subscriptionen eine Steuer gelegt wird, wie sie z. B. in Dresden besteht; sie würde bei uns etwa ein Simplus der städtischen Steuern betragen. Außerdem bedarf die Armenanstalt selbst einer andern Organisation, weniger bürokratisch und schwerfällig, dafür kräftiger in der Wirkung, mit weit grössemere Zahl der Pfleger, mit Beihilfe städtischer Einrichtung auf die Armen. In letzter Hinsicht wäre die Einrichtung, die in Elberfeld gegenwärtig steht, als Musterbild zu branden. Die verschiedenen in Leipzig bestehenden Wohltätigkeitsvereine würden immerhin Boden genug für sich bepalten, ihre Mitglieder aber gerade in der neuen Armenpflege eine recht geeignete Stelle finden.

An den mit größtem Beifall aufgenommenen Vortrag knüppte sich eine längere Debatte (Dr. Gottlieb, Dr. Gensel, Dr. Dreydorff, Director Dr. Möbels, Professor Binding). Mit den Grundgedanken der Reform einverstanden, wünschte man doch die Freiwilligkeit der Beiträge nicht aufzugeben, und betonte andererseits die Verbindung von Arbeitnachweis mit der Armenpflege.

\* Leipzig, 3. Dec. Eine vom hiesigen Volkverein am vorigen Sonntag im Saale der Thalia veranstaltete größere Abendunterhaltung zeigte, daß in dem Verein neben den zunächst für den Beruf berechneten Lehrlingsherrn auch zwei für die allgemeine und gesellige Bildung wichtige Lebewesen, Gesang und Declamation, mit Erfolg betrieben werden. In beiden wurde von Mitgliedern des Vereins schon recht tüchtig geleistet; sogar ein kleines Lustspiel („U. a. w. g.“ von Koebue) ward aufgeführt. Der Leipziger Bitterclub half zur Bereicherung des Programms freundlich mit. Die Beteiligung war eine sehr zahlreiche,





